

Bern

Kommission präsentiert ein Gesetz, das sie selber ablehnt

Das Gesetz über bedürftige Familien geht in die Vernehmlassung.

Dölf Barben

Grossrat Daniel Steiner-Brütsch (Langenthal) und seine Partei, die EVP, sind nicht zufrieden. Eine Grossratskommission hat zwar ein Gesetz über Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien verabschiedet. Gleichzeitig empfiehlt eine Mehrheit dieser Kommission dem Grossen Rat aber, auf dessen Einführung zu verzichten. Gestern hat die Kommission das Gesetz in die Vernehmlassung geschickt; diese dauert bis am 15. Dezember. Die erste Lesung im Grossen Rat ist für Juni 2014 geplant, wie es in der Mitteilung heisst.

Die Gesetzesarbeit geht auf eine parlamentarische Initiative von Daniel Steiner zurück. Der Grosse Rat hatte diese vor einem Jahr angenommen. Ziel der nun präsentierten Vorlage ist es, die Armut von Familien zu verringern. Gemäss der von der Kommission ausgearbeiteten Vorlage würden nur Familien mit Kindern im Vorschulalter solche Leistungen erhalten. Dies hätte für den Kanton Kosten von über 66 Millionen Franken jährlich zur Folge. Weil der Kanton derzeit finanziell alles andere als auf Rosen gebettet ist, hat die Kommission gewissermassen eine Schmalspurvariante ausgearbeitet: Danach würden nur jene Familien mit Kindern im Vorschulalter unterstützt, die das höchste

«Die Unterstützung von armen Familien wäre viel wichtiger als die Begünstigung einer kleinen, eher wohlhabenden Bevölkerungsgruppe.»

EVP Kanton Bern

Armutrisiko tragen. Das sind Alleinerziehende und Zweielternfamilien mit drei oder mehr Kindern. Die Kosten dieser Variante werden auf rund 26 Millionen Franken geschätzt.

Die Kommission sei sich bewusst, heisst es in der Mitteilung, dass Ergänzungsleistungen «wesentlich zur Reduktion der Armut von Familien beitragen können». Aus finanziellen Gründen komme eine Mehrheit der Kommission «aber letztlich zum Schluss, dass Ergänzungsleistungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingeführt werden sollten».

«Zielgerichtet und effizient»

Die EVP schreibt in einer Mitteilung von gestern, sie sei «sehr enttäuscht» über die Empfehlung der Kommission an den Grossen Rat, das Gesetz abzulehnen. Mit der Minimalvariante würde gemäss EVP ein Modell zur Verfügung stehen, welches Familien mit dem höchsten Armutrisiko «zielgerichtet und effizient unterstützen würde». Die Kosten dieser Variante bewegten sich in der Grössenordnung der von der Grossratsmehrheit vorgeschlagenen Senkung der Handänderungssteuer. «Für die EVP wäre die Unterstützung von armen Familien viel wichtiger als die steuerliche Begünstigung einer kleinen, eher wohlhabenden Bevölkerungsgruppe.»

Ganz aufgeben mag Grossrat Steiner seine Hoffnung nicht. Es sei ja denkbar, dass der Grosse Rat anders entscheiden werde als die Kommission, sagt er und verweist darauf, dass seine parlamentarische Initiative auch dank Stimmen aus landwirtschaftlichen Kreisen eine Mehrheit fand. Denn von Armut betroffen seien nicht nur Alleinerziehende, sondern auch Bauernfamilien mit relativ vielen Kindern.

Für Steiner geht es darum, über Ergänzungsleistungen ein strukturelles Problem

zu beseitigen – das Problem der Working Poor, also von Menschen, die zwar arbeiten, deren Einkommen aber nicht zum Leben reicht. Die Ergänzungsleistungen würden also solchen Familien zugutekommen, bei denen die Eltern beruflich integriert sind. Hier liegt die Abgrenzung zur Sozialhilfe: Diese ist gedacht für Personen, die aufgrund individueller Notlagen ihre Existenz nicht selber sichern können. Steiner nimmt an, dass dank Ergänzungsleistungen weniger Familien in die Sozialhilfe abrutschen würden. Diese würde dadurch entlastet; er räumt ein, dass es dabei zu Kostenumlagerungen komme. Aus gesellschaftspolitischer Sicht sei es aber sinnvoll, zwischen Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe zu unterscheiden.

Schon 2008 hatte Steiner eine Motion eingereicht, in der er Ergänzungsleistungen für Familien forderte. Sein Vorstoss war vom Grossen Rat zwar überwiesen worden, der Regierungsrat hatte aber – ebenfalls aus finanzpolitischen Überlegungen – auf die Umsetzung verzichtet.

Arm dran 40 000 Haushalte

Von den knapp 103 000 Haushalten mit Kindern im Kanton sind 13 900 arm oder armutsgefährdet. Dies steht in einer Präsentation der Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Besonders gefährdet sind Haushalte von alleinerziehenden Frauen und Ehepaarhaushalte mit mehr als drei Kindern. Von den insgesamt über 332 000 Haushalten sind rund 40 000 arm oder armutsgefährdet. Mit Variante eins der Ergänzungsleistungen (siehe nebenstehenden Artikel) würden gut 4300 Familien mit über 66 Millionen Franken pro Jahr unterstützt. Mit der eingeschränkten Variante würden 26 Millionen Franken an knapp 1500 Familien ausgeschüttet. Als arm gilt, wer weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. (db)

Köniz macht aktive Bodenpolitik und begrüsst Genossenschaften

Erst übte das Parlament etwas Wahlkampf-Rhetorik, doch dann machte es solide Politik, Wohnbaupolitik.

Marc Lettau

Ist er jetzt da, der Könizer Wahlkampf? Auf jeden Fall probte das Parlament gestern Abend mit niederschweligen Themen erst seine rhetorischen Fähigkeiten. Einer der Streitgegenstände war die Erhöhung der Sitzungsgelder fürs Parlamentspräsidium und die Kommissionspräsidien. Die SP stellte mit Vehemenz klar, es sei nicht angebracht, darüber auch nur zu diskutieren. SP-Parlamentarierin Annemarie Berlinger sagte, warum: Es werde an allen Ecken und Enden gespart, und mit der vom Grossen Rat beschlossenen Kürzung der Sozialhilfe sei der absolute Tiefpunkt erreicht. Das hat zwar mit der Vorlage direkt nichts zu tun, gab der SP aber Gelegenheit, einmal mehr zu sagen, was sie von der vom Könizer Sozialvorsteher und Grossrat Ueli Studer (SVP) angeschobenen Kürzung der Sozialhilfe hält.

Sympathien für die Haltung der SP hatte der Freisinnige Bernhard Bichsel. Man dürfe in solchen Zeiten «wirklich nicht noch mehr für sich herausnehmen». Er sei deshalb zwar für die bessere Entschädigung für die Präsidien, «aber klar gegen die generelle Erhöhung der Sitzungsgelder». Dieser klare Positionsbezug war allerdings auch etwas obsolet, denn eine generelle Erhöhung stand gestern gar nicht zur Diskussion.

Die BDP empfahl sich gestern schliesslich als Vertreterin überraschender Positionen. Ihr Sprecher Philippe Guéra sagte, die Erhöhung der Sitzungsgelder sei zu unbedeutend, so unbedeutend, dass sie keine zusätzliche Wertschätzung mit sich bringe. Der Entscheid des Parlaments war zu guter Letzt: Ja zu höheren Entschädigungen. Kostenpunkt für die Gemeinde: 3500 Franken pro Jahr.

Schliesslich fällt das Parlament auch politisch gewichtigere Entscheide: Es

bekräftigte seinen Willen, den gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbau zu fördern. Konkret stellte sich das Parlament hinter eine Motion der SP, in der gefordert wird, das gemeindeeigene Land im Büschliacker nur an einen gemeinnützigen Bauträger abzutreten. Das Parlament stellte sich somit explizit gegen das Ansinnen des Gemeinderats, allenfalls die Pensionskasse der Gemeinde als Bauträgerin zuzulassen. Deutlich Ja sagte das Parlament auch zu einer weiteren Motion der SP: Sie verpflichtet den Gemeinderat, einen neuen Rahmenkredit für eine aktive Baulandpolitik vorzulegen.

Könizer Wahlkampf

Quartett im Rennen ums Präsidium

An den Wahlen vom 24. November werden sich definitiv vier Kandidierende um die Nachfolge von Gemeindepräsident Luc Mentha (SP) bewerben. Dies steht jetzt fest, nachdem gestern die Meldefrist für Kandidaturen abgelaufen ist. Antreten werden die grüne Gemeinderätin Rita Haudenschild, Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Parlamentarier Hugo Staub (SP) und der ebenfalls im Parlament politisierende Thomas Frey (BDP). Die Ausmarchung ums Gemeindepräsidium dürfte den Könizer Wahlherbst prägen, zumal ansonsten bis jetzt keine nennenswerten Auffälligkeiten zu verzeichnen sind: Alle bisherigen Gemeinderatsmitglieder – ausser Mentha – treten wieder an. Recht vertraut mutet auch die Liste der Parteien an, die sich um Sitze im fünfköpfigen Gemeinderat bewerben. Es sind dies BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP und SVP. Um Sitze im 40-köpfigen Parlament bewerben sich zusätzlich die Jungen Grünen mit einer eigenen Liste. Die Parteien haben nun noch bis zum nächsten Montag Zeit, Listenverbindungen zu melden. (mul/sda)

Nach der Sanierung ist vor der Sanierung



Nach 23 Wochen fährt das Tram wieder – doch es war bestimmt nicht die letzte Gassensanierung. Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

Die Sanierung der Markt-gasse ist geschafft. Doch es warten noch weitere Projekte auf ihre Umsetzung.

Markus Dütschler

Nun fahren die Trams wieder, die lange Phase der Markt-gasse-Sanierung ist über. Der Volksmund weiss aber genau: «Wenn sie an einem Ort zu lochen aufgehört, fangen sie an einem anderen Ort an.» So ist es tatsächlich. Zwar ist die Sanierung der Markt-gasse der Schluss-

punkt einer langen Reihe von Erneuerungen, die ein Jahrzehnt in Anspruch genommen haben: Casinoplatz, Kram- und Gerechtigkeitsgasse, Weichendreieck Zytglogge, Bundesplatz, Hirschengraben, Bahnhofplatz – und eben die Markt-gasse. Ein letzter Teil dieser Sanierung wird bis Ende Oktober noch vorgenommen: die Waaghausgasse-Sanierung.

Brückensicherung kommt

Im nächsten Jahr sollen die provisorischen Zäune an Kirchenfeld- und Kornhausbrücke durch definitive Schutzvorrichtungen ersetzt werden. Diese sollen

Lebensmüde vor dem spontanen Sprung in die Tiefe abhalten. Die Kredite sind noch nicht gesprochen.

Nächstes Jahr wird das beliebte Wasserspiel auf dem Bundesplatz zehn Jahre alt sein. Die Lebensdauer war mit acht Jahren veranschlagt, dann sind viele mechanische Teile verschlissen und müssen ersetzt werden. Im gleichen Zug werden Steinplatten mit Abplatzungen und defekte Platten ersetzt, dazu werden die Fugen erneuert, was nötig wird, da der Platz durch Veranstaltungen stark beansprucht ist. Im Frühling 2014 wird das Wasserspiel noch laufen, die Sanie-

rung wird 2014/15 stattfinden.

EWB wird 2015 die Werkleitungen in der Zeughausgasse sanieren. Dies werde aber eine deutlich kleinere Übung sein als die Markt-gasse-Sanierung, wie Stadt-ingenieur Hans-Peter Wyss erklärt. Man werde nicht die ganze Strasse auf einmal aufreißen, sondern in Etappen bauen.

Im nächsten Sommer wird der während Jahren umstrittene Matte-Poller installiert. Der Kredit ist bewilligt. Im gleichen Quartier wird – allerdings erst 2018 – mit den Arbeiten für den Hochwasserschutz begonnen. Die Kredite stehen noch aus.

Bereits 2015 ist die Schauplatzgasse an der Reihe, die im Taxijargon «Schublade» heisst. Es ist laut Wyss eine komplette Sanierung, aber ohne Untergrund wie etwa in der Markt-gasse, wodurch sie nicht so aufwendig sein wird. Der Kredit steht noch aus. Die Gasse wird von zwei Buslinien frequentiert, was bei der Sanierung berücksichtigt wird, erzeugen doch die schweren Fahrzeuge Rillen in der Fahrbahn. Deshalb werden bei Haltestellen oft Betonplatten verlegt, um Schäden entgegenzuwirken.

2016 wird EWB die Werkleitungen in der Rathausgasse sanieren.

Tramlinie: Grosse Kiste

Eine ganz grosse Kiste ist Tram Region Bern. Hier stehen die Kredite noch aus, und bei der genauen Linienführung in der Stadt Bern ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Der Kredit ist noch nicht genehmigt, aber der politische Auftrag ist längstens erteilt: Bärenplatz und Waisenhausplatz, die noch immer ein Mauerblümchendasein fristen, müssen saniert werden. Gemäss Wyss schafft die Tatsache, dass sich unter den Plätzen eine Tiefgarage befindet, keine zusätzlichen technischen Probleme.

Ein historisches Bauwerk harrrt noch seiner Erneuerung: die Nydeggbücke, 1844 eingeweiht. Geplant ist diese für 2018, weshalb die Kreditbewilligung – was Wunder – noch aussteht. Bauabschränkungen werden also nicht so bald aus Bern verschwinden.

Kurz

Köniz Testgrabung in Kleinwabern

In Kleinwabern sind nach ersten Sondierungen bedeutende prähistorische, römische und mittelalterliche Funde zu erwarten. Im Bereich der geplanten Tramwendeschleife wird nun eine Testgrabung durchgeführt. In Planung befinden sich die Tramverlängerung Kleinwabern, eine S-Bahn-Haltestelle und der Doppelspurusbau der BLS sowie eine Überbauung mit Wohnungen und Dienstleistungsarbeitsplätzen. Die Arbeiten unter der Federführung des Archäologischen Dienstes des Kantons Bern dauern zwei Monate. (pd)

Biel Personalreglement gestoppt

Der Gemeinderat legt die Totalrevision des städtischen Personalreglements vorläufig auf Eis. Er will so verhindern, dass die Revision aus rein finanzieller Optik angegangen wird. Die Vernehmlassung zum neuen Personalreglement und zum neuen Lohnsystem war Ende Juli zu Ende gegangen. Der Gemeinderat schlug unter anderem das Rentenalter 65 für beide Geschlechter vor. (sda)

Grindelwald Auto fährt in Fussgängerin

Gestern Nachmittag ist bei einem Verkehrsunfall auf der Dorfstrasse eine Fussgängerin verletzt worden. Ein Auto war auf das Trottoir geraten und mit der Frau kollidiert, wie die Kantonspolizei Bern mitteilt. Sie musste von der Rega ins Spital geflogen werden. (pkb)

Kiesen Ein Verletzter bei Selbstunfall

Bei einem Selbstunfall auf dem Autobahnzubringer der A 6 in Kiesen ist gestern ein 24-jähriger Autofahrer verletzt worden. Aus unbekanntem Grund kam der Mann um 6 Uhr früh von der Fahrbahn ab, worauf sein Wagen mit der Stützmauer der Autobahnüberführung kollidierte. Infolge des Unfalls kam es zu Verkehrsbehinderungen. (sda)